2015.SR.000273

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP, SP, GFL/EVP, AL/GPB-DA/PdA+ (Seraina Patzen, JA!/Cristina Anliker-Mansour, GB/Peter Ammann, GLP/Lena Sorg, SP/Tania Espinoza Haller, GFL/Christa Ammann, AL): Unterstützung für die Beratungsstelle für Sans-Papiers; Begründungsbericht

In der Schweiz leben schätzungsweise zwischen 90'000 und 300'000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf Baustellen, in Restaurants oder in der Landwirtschaft. Trotz fehlender Aufenthaltsbewilligung stehen ihnen grundlegende Rechte wie das Recht auf obligatorischen Schulunterricht, auf eine Krankenversicherung, auf Heirat oder auf Hilfe in Notlagen zu. Ohne Aufklärung und Unterstützung sowie Begleitung können Sans-Papiers diese Rechte jedoch nicht wahrnehmen.
Hier setzt die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers an: Sie berät Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus und hilft ihnen so, ihre Rechte besser wahrzunehmen. Die Beratungsstelle wurde im Jahr 2005 gegründet und wird von den Landeskirchen, von Kirchgemeinden/Pfarreien, gemeinnützigen Organisationen, sowie von privaten Mitgliedern getragen. Sie führt jährlich um die 2000 Beratungen für Menschen aus über 80 verschiedenen Ländern durch, darunter befanden sich 2014 auch über 100 Familien mit fast 150 Kindern. Die Beratungen finden in vielen unterschiedlichen Bereichen statt. Zu Fragen betreffend Sozial- und Krankenversicherungen, Aufenthaltsstatus und allfällige Legalisierung, Wohnsituation, Heirat, Arbeitsbedingungen oder Einschulungen von Kindern erhalten Ratsuchende Auskünfte und Unterstützung. Wenn nötig übernehmen die Beraterinnen auch Begleitungen zum Beispiel zu Ärzten oder Behörden. Ein Grossteil der Menschen, die die Beratungsstelle aufsuchen, wohnt in der Stadt Bern.
Dass Menschen ohne geregelten Aufenthalt bei uns in der Schweiz und auch in der Stadt Bern leben, ist eine Realität, die nicht mehr verdrängt werden darf. Deren Information, Beratung und Hilfe in Notlagen wäre an sich eine Aufgabe des Staatswesens. Sans-Papiers meiden jedoch in aller Regel den Behördenkontakt aus berechtigter Angst, dass ihre Anwesenheit den Migrationsbehörden gemeldet wird und sie in der Folge aus der Schweiz ausgeschafft werden. Die unabhängige Beratungsstelle ist hingegen eine vertrauenswürdige Stelle für diese Menschen und sie übernimmt in diesem Sinne auch Aufgaben der Stadt Bern. Mit der Verleihung des Integrationspreises an die Beratungsstelle im Jahr 2013 hat die Stadt Bern diese Arbeit schon einmal gewürdigt.
Die Verleihung des Integrationspreises ist ein schönes Zeichen der Anerkennung. Für eine tatsächliche Verbesserung der Situation der Sans-Papiers braucht es aber ein längerfristiges Engagement und damit ein klares Bekenntnis der Stadt Bern, dass allen Menschen, die hier wohnen, ein Leben in Würde zusteht.
Durch eine jährliche Unterstützung des Vereins Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers kann die Stadt Bern zeigen, dass ihr die grundlegenden Menschenrechte aller Menschen wichtig sind – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Sie würde Verantwortung auch für die Menschen übernehmen, die sich politisch nur schwer Gehör verschaffen können. Die MotionärInnen bitten den Gemeinderat deshalb, einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von 20'000 Franken für die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers ins Budget aufzunehmen.

Bern, 29. Oktober 2015
Erstunterzeichnende: Seraina Patzen, Cristina Anliker-Mansour, Tania Espinoza Haller, Lena Sorg, Peter Ammann, Christa Ammann
Mitunterzeichnende: Regula Tschanz, Michael Sutter, David Stampfli, Ingrid Kissling-Näf, Katharina Gallizzi, Christine Michel, Franziska Grossenbacher, Lukas Meier, Annette Lehmann, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Nora Krummen, Marieke Kruit, Benno Frauchiger, Martin Krebs, Stefan Jordi, Yasemin Cevik, Peter Marbet, Katharina Altas, Melanie

Mettler, Lionel Gaudy, Andrin Soppelsa, Philip Kohli, Hans Kupferschmid, Lukas Gutzwiller, Janine Wicki, Daniela Lutz-Beck, Matthias Stürmer, Patrik Wyss

Bericht des Gemeinderats

Die Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP, SP, GFL/EVP, AL/GPB-DA/PdA+ vom 29. Oktober 2015 wurde vom Stadtrat mit SRB 2020-102 vom 27. Februar 2020 im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt.

Der Gemeinderat begrüsst das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Sans-Papiers sind eine gesellschaftliche Realität. Sie arbeiten und leben in der Schweiz, doch aufgrund der fehlenden Aufenthaltsbewilligung sind ihnen Rechte und der Zugang zu Dienstleistungen des Staats eingeschränkt. In der Gesundheitsversorgung, bei den Sozialversicherungen, in der Bildung und in weiteren Bereichen können Sans-Papiers ihre Rechte nicht oder nur teilweise wahrnehmen. Die Stadt Bern ist sich dieser Problematik bewusst. Auch dem Gemeinderat ist es ein wichtiges Anliegen, dass alle Menschen ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus ihre Rechte wahrnehmen können. So hat er sich bereits in der Vergangenheit für die Rechte von Sans Papiers eingesetzt, unter anderem im Bereich des obligatorischen Schulunterrichts oder betreffend den Lehrstellenantritt von Sans Papiers. Ausserdem hat der Gemeinderat im Schwerpunkteplan Integration 2018 – 2021 die Prüfung einer City Card festgeschrieben und eine langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers etabliert.

Die Beratungsstelle für Sans-Papiers übernimmt eine zentrale Funktion im Schaffen von Zugängen für Sans-Papiers zu grundlegenden Rechten wie Sozial- und Krankenversicherungen oder dem obligatorischen Schulbesuch. Dabei tritt die Beratungsstelle als wichtige Vermittlerin auf, welche es den Sans-Papiers ermöglicht, angstfrei ihre Rechte in Anspruch zu nehmen und den Kontakt zu städtischen oder weiteren staatlichen Stellen herzustellen. Des Weiteren begleitet die Beratungsstelle Sans-Papiers auf ihrem Weg, eine schrittweise Regelung ihres Aufenthalts zu erreichen. Damit trägt die Beratungsstelle erheblich zu einem funktionierenden Netz der sozialen Sicherheit bei.

Die Covid-19 Pandemie hat gezeigt, dass die Arbeit der Beratungsstelle für Sans-Papiers unabdingbar ist. Durch die bereits etablierten Unterstützungs- und Beratungsnetzwerke konnten die Folgen der Pandemie für diese besonders vulnerablen Personen zumindest teilweise abgeschwächt werden. So arbeitet die Stadt Bern auch bei der Abgabe von Lebensmitteln und Essensgutscheinen mit der Beratungsstelle für Sans-Papiers zusammen. Gerade im Hinblick auf die jahrelangen Nachwirkungen der Covid-19 Pandemie, auch für Sans-Papiers, hat die Stadt Bern entschieden, ab dem Jahr 2021 die Beratungsstelle für Sans-Papiers mit einem jährlichen Betrag von Fr. 20 000.00 zu unterstützen. Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen FMR hat die Eckwerte für die Unterstützung zusammen mit der Beratungsstelle für Sans-Papiers festgelegt.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Der jährliche Unterstützungsbeitrag in der Höhe von Fr. 20 000.00 wird über das Globalbudget der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen abgerechnet.

Bern, 3. November 2021

Der Gemeinderat